



Bekanntmachung:

Betr.: Haushaltssatzung der Stadt Monschau für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der 6. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 bis 2021

1. Haushaltssatzung

der Stadt Monschau

für das Haushaltsjahr 2018

Aufgrund der §§ 78 ff der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV NRW S. 966), hat der Rat der Stadt Monschau mit Beschluss vom 28.11.2017 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

- | | |
|---|--------------|
| - dem Gesamtbetrag der Erträge auf | 37.131.439 € |
| - dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 36.721.733 € |

im Finanzplan mit

- | | |
|--|--------------|
| - dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf | 37.742.972 € |
| - dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf | 33.444.455 € |
| - dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf | 4.321.471 € |
| - dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf | 5.252.080 € |
| - dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf | 0 € |

- dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf festgesetzt. 1.015.386 €

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 46.500.000 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2018 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 450 v.H. |
| | 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 695 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 495 v.H. |

§ 7

Nach dem Haushaltssanierungsplan wird der Haushaltsausgleich unter Einbeziehung der Konsolidierungshilfe in den Jahren 2018 bis 2020 jährlich erreicht; der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe wird im Haushaltsjahr 2021 erreicht. Die dafür im Haushaltssanierungsplan enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

§ 8

Zur flexiblen Mittelbewirtschaftung bilden die jeweiligen Produkte ein Budget gem. § 21 Abs. 1 GemHVO. Ausgenommen sind die Kontengruppen 48, 50, 51, 57 und 58. Innerhalb der Budgets erhöhen Mehrerträge und vermindern Mindererträge die Ermächtigungen für Aufwendungen. Das Gleiche gilt für Mehreinzahlungen und Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit und für Investitionen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten als unerheblich im Sinne des § 83 GO NRW, wenn sie den jeweiligen Ansatz um weniger als 40.000 € übersteigen. Die unerheblichen Aufwendungen und Auszahlungen sind dem Rat vierteljährlich zur Kenntnis zu bringen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Abschluss eines Rechnungsjahres gelten immer als unerheblich.

Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen für Maßnahmen, für die Zuschüsse Dritter eingeplant sind, dürfen erst nach Vorliegen der jeweiligen Bewilligung oder nach Bewilligung eines förderunschädlichen Maßnahmebeginns in Anspruch genommen werden.

Erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 1 GO NRW ist ein Fehlbetrag, der das geplante Jahresergebnis um 5 % übersteigt.

Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Satz 1 Ziff. 2 GO NRW, wenn sie 5 % der veranschlagten Gesamtaufwendungen bzw. Gesamtauszahlungen übersteigen.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen ist gem. § 80 Abs. 5 GO NRW mit Bericht vom 07.12.2017 der Bezirksregierung Köln angezeigt worden.

Die nach § 6 des Stärkungspaktgesetzes in Verbindung mit § 76 GO NRW erforderliche Genehmigung des Haushaltssanierungsplanes ist von der Bezirksregierung Köln mit Verfügung vom 04.12.2018 erteilt und vom Städteregionsrat als Untere Staatliche Verwaltungsbehörde mit Verfügung vom 14.12.2018 bekannt gegeben worden.

Der Haushaltsplan und der Haushaltssanierungsplan liegen während der üblichen Öffnungszeiten vom 18.12.2018 bis zum 31.12.2020 im Rathaus, Zimmer 104, öffentlich aus und sind unter der Adresse www.monschau.de im Internet verfügbar.

Monschau, den 17.12.2018

Stadt Monschau
Die Bürgermeisterin

gez.: Ritter